

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nummer 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nummer 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 36/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a 6 Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennig, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 129.

Freitag, den 5. Juni 1896

3. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die Arbeitslosigkeit.

Auf dem evangelisch-sozialen Kongress, der dieser Tage in Stuttgart stattfand, beschäftigte man sich mit der Arbeitslosigkeit, und der bekannte Professor Delbrück hielt über die Sache einen langen Vortrag.

Der Herr Professor war nicht sehr tief in den von ihm behandelten Gegenstand eingedrungen; er meinte, es gäbe in Deutschland 200 000 „Wagabunden“, die jährlich eine Ausgabe von 72 Millionen verursachen, aber er bestritt, daß es eine dauernde Arbeitslosigkeit gebe. Herr Delbrück hat also keinen Einblick in das Wesen der kapitalistischen Produktion, denn er weiß nicht, daß dieselbe ohne die „industrielle Reservearmee“ nicht bestehen kann.

Herr Delbrück will die Frage lösen durch Einführung einer ausgedehnten Arbeitsvermittlung, durch Notharbeiten und durch den Sparzwang.

Der Herr Professor macht es sich sehr leicht und beweist nur, daß er, wie ihm die Einsicht in das Getriebe des kapitalistischen Produktionsapparates mangelt, auch die Arbeiterverhältnisse nicht kennt.

Die Frage des Arbeitsnachweises ist etwa ein Dilemma der „Sozialreformer“ und sie streiten sich gern darüber, wie derselbe zu organisiren ist. Dieser Streit ist ganz überflüssig; sie mögen diese Sache ganz ruhig den Gewerkschaften überlassen, die am meisten von der Sache verstehen und zu denen allein die Arbeiter volles Vertrauen haben.

Was die Notharbeiten betrifft, so ist das ein alter Ausweg, namentlich im Winter; die Sache hat aber den Fehler, daß der Klassenstaat solche Arbeiten nicht in genügendem Maße beschaffen kann. Die Notharbeiten können nicht Schritt halten mit der industriellen Technik, die Hunderttausende von „Händen“ überzählig macht. Herr Delbrück hat sich von dem spießbürgerlichen Vorurtheil gegen die Arbeitslosen nicht frei machen können: auch für ihn ist der Arbeitslose eine Art Verbrecher, der büßen muß dafür, daß er keine Beschäftigung hat. Wenn diese Herren Gelehrten nicht einmal begreifen, daß es die Produktionsform selber ist, welche die Arbeitslosigkeit herbeiführt, dann sollten sie mit ihrer Weisheit doch lieber zu Hause bleiben.

Bei den Notharbeiten will Herr Delbrück den Arbeitern nur einen Lohn gestatten, der unter dem gewöhnlichen Tageslohn steht und womöglich in Naturalien ausgezahlt werden soll.

Das ist die Art, wie die Bauern-Ortsvorsteher die Arbeitslosen behandeln und womit der Herr Professor jedenfalls etwas ungeheuer Gescheites gesagt zu haben glaubt. Das Alles aber sind „olle Kamellen“ die durch die Praxis längst verurtheilt sind.

Als eine „neue Idee“ führt der Herr Professor den „Sparzwang“ vor. Die Arbeiter haben zu viele Bedürfnisse, sagt er, und sie geben zu viel aus. Man muß sie also zwingen, zu sparen. Für Herrn Delbrück ist also die Veröffentlichung der bekannten Haushaltungs-Budgets von Arbeitern ganz vergeblich gewesen. Statt sich daraus zu belehren, gebraucht er die abgedroschene Lebensart von den „übertriebenen Bedürfnissen“. Jene Budgets belehnten uns, daß der Arbeiter, auch wenn er sich gar keine Vergnügungen erlaubt, sondern nur so lebt, daß er den täglichen Verbrauch an Kräften einigermaßen wieder durch seine Ernährung ersetzt — daß auch dann am Ende des Jahres in seinem Haushalt gewöhnlich ein Defizit bleibt, weil die Löhne so niedrig und die Lebensmittelpreise so hoch sind. Durchschnittlich kann der Arbeiter heute nur sparen auf Kosten seiner und seiner Familie Gesundheit. Das kümmert den Herrn Professor aber gar Nichts; er will einfach den Arbeiter zum sparen zwingen, nach dem Vorschlag eines anderen Professors, Namens Schwarz. „Der Dien muß“ — auf diese russische Art will Herr Delbrück die Frage der Arbeitslosigkeit lösen.

Der Arbeiter soll sich auf diese Weise gegen Arbeitslosigkeit „versichern“ und der Arbeitgeber soll dazu einen Beitrag liefern; ein „Kuratorium“ soll die Sparanstalt verwalten.

Wenn die Arbeiter im Stande wären, sich für den Fall der Noth ausreichende Mittel zurückzulegen, so wären sie auf diesen naheliegenden Gedanken von selber

gekommen und hätten nicht auf die Herren Delbrück und Schanz zu warten brauchen.

Die herrschenden Klassen können das Räthsel, das ihnen die „200 000 Wagabunden“ aufgeben, nicht lösen, selbst wenn sie den redlichsten Willen dazu hätten. Aber sie haben diesen Willen gar nicht, können ihn gar nicht haben. Die sich mit der Sache beschäftigen, sind einige Ideologen und auch diese stecken, wie wir an Delbrück's Beispiel gesehen, voller Schrullen und Vorurtheile. Die eigentlichen Träger der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung, die Unternehmer und Grundbesitzer aller Art, mit dem ganzen Anhang von Dividendenjägern und Rentenzehrerern, haben ein feines, von ihrer Profitsucht geschärftes Verständnis für die Bedeutung der „überzähligen“ Arbeitskräfte. Sie wissen sehr wohl, daß sie in demselben Maße, als die Nachfrage nach Arbeitskräften hinter dem Angebot zurückbleibt, auch die Produktionskosten vermindern können. Sie finden in der „industriellen Reservearmee“ jederzeit einen Rückhalt gegen die Forderungen der organisierten Arbeiter und sie wissen recht wohl, daß eben diese Reservearmee heute ein unentbehrlicher Theil ihres ganzen Betriebssystems geworden ist.

Die Arbeitslosigkeit kann mit dem „Recht auf Arbeit“ heute nicht beseitigt werden, weil der Klassenstaat sich damit in sein eigenes Fleisch schneiden würde. Die Versuche, die damit 1848 gemacht worden sind, haben hinlänglich gezeigt, daß das Recht auf Arbeit im Klassenstaat eine Utopie ist.

Die Arbeitslosigkeit ist so wenig auszurotten, wie die Prostitution und andere Begleiterscheinungen des Kapitalismus. Sie verschwindet erst mit der Produktionsform selber.

Wenn die Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit übergegangen sind, dann muß, um Jedermann ein menschenwürdiges Dasein zu gewährleisten, die Produktion ungemein gesteigert werden. Es giebt dann keine brachliegenden Arbeitskräfte mehr; die allgemeine Arbeitspflicht zieht alle Hände heran und es kann keine Ueberproduktion mehr geben, weil an Stelle der heutigen Regellosigkeit dann die Planmäßigkeit in der Herstellung von Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen tritt. Es giebt keine Waaren mehr, die sich in privatem Besitz befinden und damit die Abhängigkeit der Nichtbesitzenden von den Besitzenden begründen.

Bis dahin wird die leidende und arbeitende Menschheit die schreckliche Geißel der Arbeitslosigkeit zu fühlen bekommen. Wir sind eben bestimmt, diese Entwicklung durchzumachen, deren Endziel Brod und Freiheit für Alle ist.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb ist am Sonnabend publizirt worden und wird am 1. Juli d. J. in Kraft treten. Den Vertretern des Kapitalismus, der Profitmacherei ohne Feigenblatt, ist es offenbar bei den einschneidenden Bestimmungen des Gesetzes nicht ganz geheuer. Nach dem Gesetze soll in bestimmten Fällen von Ausschreitungen im Reklamewesen, bei Aufstellung oder Verbreitung unwahrer, dem Geschäftsbetriebe oder dem Kredit von Erwerbsgenossen nachtheiliger Behauptungen und bei der auf Täuschung berechneten Benutzung von Namen und Geschäftsbezeichnungen die Zivilklage auf Unterlassung der betreffenden Ausschreitungen, sowie die Schadenersatzklage — letztere auch noch beim Verrath von Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen — zulässig sein; gegen wissentlich auf Täuschung gerichtete unwahre Angaben thatsächlicher Art gegen Quantitätsverschleierungen, gegen wissentlich unwahre betriebs- oder kreditbeschädigende Behauptungen und gegen den Verrath von Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen sind Strafen angedroht, nach welchen auf Verlangen des Verletzten auf eine an ihn zu erlegenden Buße erkannt werden kann. Durch die Strafen und Schadenersatzpflichten soll das Gesetz einer Moralisirung des kapitalistischen Geschäftsverkehrs dienen und die „Auswüchse“ beseitigen. Ein Versuch, der nur die kleinen Schächer im Getriebe der kapitalistischen Profitmacherei treffen wird, die sich dabei der sog. „unlauteren“ Mittel bedienen, welche die wilde Konkurrenz jagt gezeitigt hat. An der innerlich unmoralischen Natur des kapitalistischen Ausbeutungssystems wird durch das Gesetz nichts geändert

werden. Was aber zu befürchten ist, das ist eine Unsumme von aus Konkurrenzneid geborenen Denunziationen und Prozessen, die wohl oft nicht weniger unmoralisch sein werden, als die bekämpften unlauteren Konkurrenzmittel.

Die Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch trat Dienstag in die zweite Lesung ein. Es liegen über 90 Abänderungsanträge vor. Die ersten 10 Paragraphen behandeln das Recht der natürlichen Person. Zu dem § 6, welcher bestimmt, wer entmündigt werden kann, wird eine Resolution von Gröber angenommen, welche lautet:

Bei der Annahme der Bestimmungen des § 6 wird vorausgesetzt, daß in der Novelle zur Zivilprozeßordnung folgende Vorschrift aufgenommen wird: „Zu § 595: Der Antrag auf Entmündigung kann vom Ehegatten, Verwandten oder demjenigen gesetzlichen Vertreter des zu Entmündigenden gestellt werden, welcher die Sorge für die Person hat. Von Verwandten kann ein Antrag gegen eine Person, die unter elterlicher Gewalt oder Vormundschaft steht, nicht gestellt werden; gegen Ehegatten nur dann, wenn auf Trennung der Ehegatten von Tisch und Bett oder Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft erkannt ist. Bei Entmündigung wegen Trunksucht hat der Staatsanwalt nicht mitzuwirken.“

Der zweite Abschnitt des ersten Buches bleibt nach dem Beschlusse der ersten Lesung unverändert, ebenso die Paragraphen bis 140.

Der Prozeß Schöler hat einmal wieder mit aller Deutlichkeit gezeigt, wie gewisse Kreise den Militarismus mit seinen vielerlei bedenklichen Nebenerscheinungen als ein Nüchternnichten betrachtet wissen möchten, dessen Antastung mit aller Schärfe zu strafen ist. Auch in diesem Falle haben die Schutzansprüche der militärischen Kreise beim Gericht weitgehendes Verständnis gefunden, als dessen Ausfluß das auf ungemein schwere Strafe lautende Urtheil gelten muß. Der Angeklagte hat seine eigenen Erlebnisse beim Militär geschildert und die Erregung über dieselben hat ihm manch scharfes Wort aus der Feder laufen lassen; aber von den Thatsachen, die er behauptete, hat sich ein guter Theil als wahr erwiesen und in der Hauptsache trifft ihn die harte Strafe wegen der Urtheile, die er in Rücksicht auf die Vorwissenisse über die beteiligten Personen fällte. Daß sich der Angeklagte von der löblichen Absicht hat leiten lassen, durch seine Substitution zur Beseitigung der von ihm selbst empfundenen Uebelstände beizutragen, steht für uns nach dem Inhalt des Buches fest. Wir sind deshalb auch der Meinung, das Schöler den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) mit Recht für sich in Anspruch nehmen konnte. Wäre das vor Gericht anerkannt, so hätte ihn keine so schwere Strafe treffen können. Das Gericht hat geglaubt, dem Angeklagten den Schutz des § 193 versagen zu müssen und hat ihm noch als strafverschärfend in Ansatz gebracht, daß der Angeklagte nicht einer Stelle in einer Rede des Kaisers nachgekommen sei, in welcher es heißt: „Es ist die Pflicht jedes Deutschen, das Volk in Waffen hochzuhalten.“ Dies habe der Kaiser als Herold des deutschen Volkes gesagt, und dem müsse jeder gute Deutsche unbedingt zustimmen. Wenn dieser Grundsatz vor Gericht allgemein Geltung erhalten sollte, dann würde einmal die Kritik militärischer Einrichtungen aufzuhören haben; aber nicht nur das. Die Einrichtung des Grundgesetzes in die Rechtsprechung, daß kaiserlichen Worten stets zugestimmt werden müsse, würde zu eigenartigen Konsequenzen führen: Weil der Kaiser z. B. den Antrag Kanitz als gemeinschädlich erklärt hat, würde dies einem agrarischen Journalisten, wenn er etwa einen Minister wegen Verwerfung desselben beleidigte, als strafverschärfend angerechnet werden: Vor diesen und ähnlichen Konsequenzen würde gewiß auch Mancher zurückschrecken, der heute vielleicht mit innerer Genugthuung dem Sünder gegen das geheiligte Wesen des Militarismus seine Lektion gönnt. Aber alle Versuche, den Militarismus vor der Kritik sicher zu stellen, werden trotz hoher Strafen Erfolg nicht haben. Wo die Uebelstände hervortreten, werden sich auch Männer finden, sie vor der Öffentlichkeit zu bekämpfen, um sie zu beseitigen. Wo solche Uebelstände von bestimmten Personen getragen werden, geht es auch ohne das persönliche Moment nicht ab. Und wer dafür als Beleidiger in's Gefängniß geschickt wird, der mag mit dem beruhigenden Bewußtsein hineingehen, trotzdem seinen Mitmenschen einen Dienst geleistet zu haben. Kein Kampf ohne Opfer.

